



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/61 - 14.3.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 090

| | |
|--|------|
| "Tarnorganisationen" der Bundesregierung | S. 1 |
| Frankreichs Alpdruck: Westdeutsche Armee | S. 3 |
| Sorgen der ostzonalen Architekten | S. 5 |
| München und das S...statut | S. 6 |

CDU-Propaganda und Reptilienfonds

sp- Vor einem Jahr wurde einmal die Summe, die von der Bundesregierung alljährlich für Public-Relations-Zwecke ausgegeben wird, auf 40 Millionen DM geschätzt. Nachdem im Etat für das Jahr 1955 u.a. der Reptilienfonds des Bundeskanzlers noch weiter erhöht wurde, dürfte diese Zahl heute eher höher als tiefer liegen. Alle Versuche der Opposition, durch Anfragen im Bundestag Aufschlüsse über die Verwendung dieser Millionenbeträge zu erhalten, blieben bisher erfolglos. Der Bundeskanzler entzog sich einer Auskunft stets mit dem Hinweis darauf, dass sein Millionenfonds ausschließlich der Kontrolle des Bundesrechnungshofes untersteht und er daher nicht verpflichtet sei, über die Verwendung des Geldes Auskunft zu geben.

Die Folge davon ist, dass z.B. die Finanzierung gewisser, die Öffentlichkeit völlig einseitig unterrichtender Propagandaorganisationen aus Steuermitteln offenes Geheimnis ist. Man spricht von "Tarnorganisationen" der Bundesregierung. Ihre Existenz verdanken sie in erster Linie dem Wirken des ehemaligen Staatssekretärs im Bundeskanzleramt und jetzigen CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Otto Lenz, von dem man weiß, dass er mit Koordinierungsaufgaben auf dem Gebiet der Regierungspropaganda laufend befasst wird.

Wenn hier von Propagandatätigkeit der Bundesregierung die Rede ist, so sind selbstverständlich nicht etwa die Einrichtungen gemeint, die der staatsbürgerlichen Erziehung und Bildung dienen, wie etwa die "Bundeszentrale für Heimatdienst" mit ihren vielfältigen Aufgaben. Uns geht es vielmehr um die unter Regierungseinfluß stehenden Zweckorgani-

sationen und ihre parteipolitische Propaganda, die die Sache der Demokratie eher kompromittieren als ihr dienen.

In letzter Zeit traten "Tarnorganisationen" der oben erwähnten Art wieder in zunehmendem Maße in Erscheinung. Man erinnere sich nur des roten Großplakates mit dem Kopf und - aus dem Zusammenhang gerissenen Zitat des verstorbenen SPD-Vorsitzenden Dr. Schumacher mit dem Zusatz: Genau das will Adenauer! Für dieses Plakat, das man kurz vor der 2. und 3. Lesung der Pariser Verträge an den Litfas-Säulen im Bundesgebiet sehen konnte, zeichnet nicht etwa die CDU verantwortlich, sondern eine bisher völlig unbekannte "Arbeitsgemeinschaft für Wiedervereinigung". Fachleute schätzen die Kosten für Herstellung und Anschlag des Plakates auf mindestens DM 300.000. Zu gleicher Zeit tritt ein "Politischer Arbeitskreis Berlin" auf den Plan und verbreitet eine Million im Mehrfarben-Offsetdruck hergestellte bebilderte 16-seitige Broschüre mit dem Titel "Scheibenwischer", in der die Politik der SPD und die Paulskirche Bewegung glossiert und verunglimpft wird. Die Herstellungskosten für diese Broschüre betragen schätzungsweise DM 500.000.

Ein weiteres Beispiel: Kürzlich nahmen rund*abiturienten und *100 Primaner aus dem gesamten Bundesgebiet an einem fünftägigen "Politischen Seminar" teil, das von der bekannten Propagandafirma der Bundesregierung, der "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise", gemeinsam mit dem christlich-demokratischen Hochschulring in Bonn durchgeführt wurde. Fünf Tage wurde den Schülern von CDU-Abgeordneten und CDU-Referenten CDU-politischer Unterricht erteilt - auf Kosten der Steuerzahler. Denn nicht allein die einst von Dr. Lenz gegründete "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise" finanzierte dies Seminar, sondern auch das Bundesinnenministerium. Das praktische Ergebnis der Tagung war die Bildung eines Politischen Arbeitskreises "Oberschulen", der im CDU-Hauptquartier in Bonn seinen Sitz haben wird. Er soll "weitere politische Bildungsseminare vorbereiten und politische Literatur verbreiten".

In alledem liegt ein eklatanter Mißbrauch regierungsamtlicher Möglichkeiten für parteipolitische Zwecke. Denn Parteien, die mit Hilfe von Steuergeldern versuchen, die öffentliche Meinung in ihrem Sinne propagandistisch zu beeinflussen und damit ihre Macht zu festigen, handeln damit im Grunde nicht anders, wie das vor zehn Jahren untergegangene Regime. Nur mit dem Unterschied, dass damals jedermann diese Methode kannte. Im Interesse der Sauberkeit des demokratischen Lebens wäre die Auflösung sämtlicher Regierungs- "Tarnorganisationen" und die Überweisung der freiwerdenden Mittel staatlichen Ursprungs an die "Bundeszentrale für Heimatdienst" dringend notwendig.

Ost-West-Konferenz gewünscht

J.K.-Paris, Mitte März

Wenn das französische Parlament auch nur einigermaßen den Willen des französischen Volkes widerspiegelt, so kann kein Zweifel daran bestehen, dass der sehnlichste Wunsch auf außenpolitischem Gebiet der nach einer Ost-West-Konferenz ist. Dabei ist sich jedermann darüber klar, dass man in der Politik nichts geschenkt bekommt, und dass wer nehmen will, auch geben muß.

Das Gastgeschenk, das am liebsten dargeboten würde, ist - dies wird kaum jemanden erstaunen - die künftige deutsche Armee. Das Tempo, in dem die weite Strecke vom Verbot von Bleisoldaten für deutsche Kinder bis zur Rekrutierung lebendiger Soldaten zurückgelegt wurde, wirkt auf zahllose Franzosen erschreckend und lässt sie mißvergnügt über die Unmoral der politischen Weltlenker lächeln. Sie glauben nicht, dass die westliche Weltpolitik der jüngsten Jahre wirklich der Weisheit letzter Schluß war, und sie bezweifeln, dass die Art, in der die deutsche Rüstung verwirklicht werden soll, eine sinnvolle Methode darstellt.

Vielen Millionen Franzosen wird der Gedanke an die kommende westdeutsche Armee nur dadurch erträglich, dass sie hoffen, es werde bis zur Aufstellung voll ausgerüsteter Truppen zu einer Verständigung des Westens mit dem Osten kommen. Dabei wissen diese Franzosen sehr genau, dass, wenn die Bundesrepublik einmal Mitglied der NATO ist, es kaum vorstellbar ist, dass man sie aus dieser militärischen Organisation wieder entlässt. Doch scheint es, dass etliche Politiker hoffen, es werde - falls eine Ost-West-Verständigung erreicht wird - möglich sein, die Bundesdeutschen vor schwerer und vollständiger Bewaffnung zu bewahren. Darüber, wie sie sich einen solchen Vorgang vorstellen, schweigen sich die Optimisten aus.

Solange in Paris Mendès-France an der Spitze der Regierung stand, war es jedermann klar, dass dieser äußerst wendige Mann alles daransetzen wird, um zwei Aufgaben erfüllen zu können. Erstens nämlich, die deutsche Rüstung unter Kontrolle zu stellen und zweitens,

Washington und London an einer Ost-West-Konferenz Geschmack gewinnen zu lassen. Er entwarf daher den Plan einer Europäischen Rüstungsge-
meinschaft, die ein Kontrollinstrument werden sollte. Dieser Plan ist
jedoch eingesengt worden, so dass eine Kontrolle der westdeutschen
Rüstung über den von der NATO dargestellten Rahmen nicht mehr in
Frage kommt. Damit ist die eine "Vorsichtsmaßnahme" eingesengt, und
ob die jetzige Regierung den Gedanken einer Ost-West-Konferenz mit
der gleichen Energie vertreten wird wie dies bei Mendès-France der
Fall gewesen wäre, scheint vielen Parlamentariern noch recht zweifel-
haft. Diese Zweifel ändern nichts an dem Wunsche selbst. Immer wieder
wird von den - versäumten - Gelegenheiten gesprochen, die sich während
der Ära Malenkows boten. Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass
sich seit Stalins Tod in Rußland vieles, in der Westpolitik nichts
geändert hat.

Nun ist das Vertrauen zu internationalen Konferenzen in Frank-
reich nicht mehr so stark wie einst. Es hat anscheinend allzuvielle
Konferenzen gegeben, deren führende Teilnehmer mit der festen Überzeu-
gung antraten, keinen Finger breit von ihrer bisherigen Linie ab-
zuweichen - und es ist daher schon begreiflich, wenn der "Mann von
der Straße" sagt, unter solchen Umständen hätte man sich den Aufwand
sparen können. Dasselbe gilt von der gewünschten Ost-West-Konferenz:
Die große Masse der Franzosen - dies ergibt sich aus zahlreichen
Artikeln und Leserbriefen - glaubt an die Möglichkeit einer Ko-Exi-
stenz und setzt voraus, dass dieser Glaube die Grundlage jeder Aus-
sprache sein müsse. Nur eine gesicherte Ko-Existenz, glauben diese
Menschen, könne für Frankreich auch den Gedanken erträglich machen,
dass eine bundesdeutsche Armee unter Hitler-Generälen in Erscheinung
tritt. Denn der Alpdruck, der auf sovielen Franzosen lastet, ist ja
nicht etwa der, dass die neue deutsche Armee sich in Marsch setzen
könnte, um Paris zu erobern. Vielmehr richtet sich der Argwohn gegen
die Möglichkeit, dass es deutschem Einfluss gelingen könnte, über die
Oder-Neisse-Linie nicht zu diskutieren, sondern zu kämpfen, und dass
damit ein neuer Weltbrand entfesselt würde. Die Bundesdeutsche Armee
erscheint ihnen daher nur tragbar - wenn überhaupt - falls es der
Diplomatie gelingt, ein klärendes Ko-Existenz-Gespräch zu verwirk-
lichen, bevor die neue Armee zu einem Instrument mit selbsttätigen
Automatismus werden kann.

Zurück, marsch-marsch !

In der ostberliner "Deutschen Bauakademie" herrscht einige Aufregung: der mächtigste Mann des Kremls, Chruschtschow, hat in Moskau vor 2 000 Fachleuten aus der Sowjetunion und den Satellitenstaaten den Stalinstil verdammt. Der Parteisekretär geißelte rücksichtslos die Unwirtschaftlichkeit der kommunistischen Bauwirtschaft, nannte sie die "teuerste der Welt und der kapitalistischen weit unterlegen". Böse Worte fand er für den "überladenen Stil der Säulchen, Türmchen und Väschen, den Stuck und die Verschwendung von kitschigem Schmuck."

Was soll nun aus der Stalinallee werden, diesem vielgefeierten Monstrum der linientreuen "Nationalpreisträger" Henselmann und Hopp? Wird man sie abreißen müssen, entstucken oder umbauen? Die mit Mühe erst auf den richtigen Bauweg gebrachten Spitzenarchitekten der Sowjetzone sind in arger Bedrängnis. Galt doch gerade die Stalinallee bislang als das ruhmvollste und unvergängliche Erzeugnis der Baukunst, in dem sich "Fortschritt" und "nationales Erbe" harmonisch einen. Die Stalinallee war das "Gesicht des demokratischen Berlins", vor das jede Delegation, jeder prämierte Aktivist und jeder reiselustige Neubauer geschleppt wurde. Und alles das soll nun mit einem Schlage nichts mehr gelten, kann nicht mehr besucht, gefilmt, besungen und bedichtet werden?

Die Herren von der "Deutschen Bauakademie" denken mit Unbehagen an ihr erst vor wenigen Monaten verkündetes "Kampfprogramm zur Verteidigung der Einheit der deutschen Architektur". In ihm rühmten sie mit flammenden Worten den "tiefgreifenden Entwicklungsprozeß", den die deutsche Architektur dank der Politik der Sowjetregierung durchgemacht habe, die "Entfaltung einer wahrhaft nationalen Kultur". Die westdeutschen Architekten wurden beschuldigt, "unter dem Druck des amerikanischen Imperialismus ihrem Schaffen kosmopolitische, formalistische und dekadente Züge verliehen und so den Charakter der nationalen Kultur immer mehr zerstört zu haben". Die Empörung der ostberliner Bauakademie entzündete sich in besonderem Maße an den Neubauten von Frankfurt/M. - an eben jenen Großblock- und Platten-

häusern, die Chruschtschow jetzt als "wahrheitsgetreues Spiegelbild einer modernen Großstadt" gebaut haben will.

Peinlich das Ganze! Umso mehr noch, da die Nationalpreisträger in edler Selbstverleugnung ihrer Bauhaus-Tradition erst vor vier Jahren bereit waren, Häuser zu bauen, die sie früher als schlimmsten Kitsch abgelehnt hatten. Sie werden nun, zerknirscht und sich selbstkritisch an die Brust schlagend, ihre alten "Zigarrenkisten-Entwürfe" aus den Schubladen hervorholen dürfen.

* * *

Die bayrischen Stimmen im Bundesrat

M.M. Die Haltung Bayerns im Bundesrat bei der Abstimmung über die Pariser Verträge wird in der Öffentlichkeit mit Interesse verfolgt. Der bayrische Ministerrat hat noch nicht entschieden und Abschliessendes ist deswegen darüber noch nicht auszusagen. Soviel steht aber fest: Die fünf sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts werden die Pariser Verträge ablehnen. Die Mitglieder der FDP und des BHE werden die Pariser Verträge billigen. Die Bayernpartei dürfte, wenn vielleicht auch nicht ganz einheitlich, den Verträgen zustimmen. Eine Ausnahme macht das Saarstatut. Am 23. November hat der bayrische Landtag bereits einer Entscheidung zugestimmt, die vom BHE eingebracht worden war und in der die Staatsregierung ersucht wird, im Bundesrat kompromislos die angestrebte Lösung des Saarproblems abzulehnen. Damit hatte sich der Landtag klar gegen das Saarabkommen ausgesprochen, ohne aber die Regierung verpflichtend zu binden.

In den Koalitionsvereinbarungen der neuen Regierungskoalition ist der Satz enthalten: Der Mehrheitsbeschluss des Kabinetts bestimmt die Haltung der Bayrischen Staatsregierung im Bundesrat. Die Parteien, die am 23. November sich gegen das Saarstatut ausgesprochen haben, sitzen heute in der bayrischen Regierung. Es ist bisher von keiner der vier Parteien verlautet worden, dass sie ihren Standpunkt verändert hätte. Allerdings haben BP und FDP in ihren Fraktionen noch nichts endgültiges beschlossen. Der BHE hat aber seine drei Regierungsmitglieder beauftragt, im Ministerrat dafür einzutreten, dass das Land Bayern im Bundesrat die Überweisung des Saarstatuts an den Vermittlungsausschuss beantragt. Ob der BHE damit durchdringt oder nicht, ist noch vollständig offen. Es ist aber möglich, dass sich Bayern, wenn ein solcher Antrag im Bundesrat gestellt wird, ihm zustimmt. Dagegen ist bei den übrigen Verträgen nicht mit einem Einspruch Bayerns zu rechnen.

Noch hat das bayrische Kabinett keine Beschlüsse gefasst, aber wie immer sie auch ausfallen werden, der Bestand der Koalition dürfte davon nicht betroffen werden.

Verantwortlich: Peter Raunau